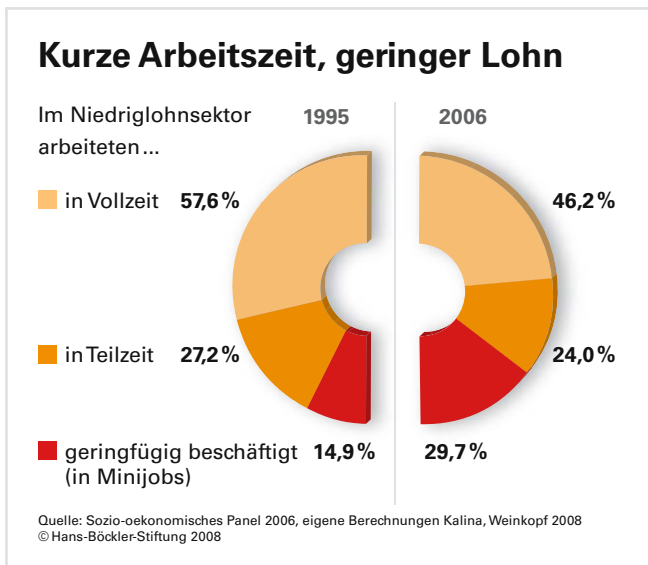


► häufig müssen sich auch Frauen, Jüngere und Ausländer mit geringen Verdiensten zufrieden geben.

Nicht nur Minijobber sind von Niedriglohnbeschäftigung betroffen – die allerdings besonders häufig. Mehr als 90 Prozent der geringfügig Beschäftigten beziehen Niedriglöhne.



Doch auch jeder siebte Vollzeitbeschäftigte und jeder vierte sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer kommt nicht über die Niedriglohngrenze.

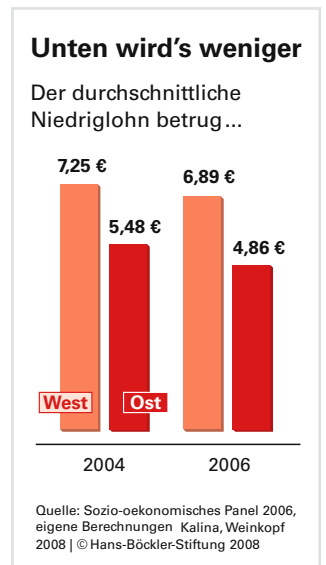
Das IAQ zeichnet die Verschiebungen zwischen den verschiedenen Beschäftigungsformen im Niedriglohnsektor nach: Vollzeitbeschäftigte stellten 1995 mit 58 Prozent noch eindeutig die Mehrheit unter den Geringverdienern. Bis 2006 nahm ihr Anteil auf 46 Prozent ab. Im Gegenzug verdoppelte sich der Anteil der geringfügig Beschäftigten.

Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass Deutschland einen höheren Niedriglohnanteil hat als Frankreich, Dänemark oder Holland. Die deutsche Quote liegt kaum unter

den Werten für Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Und in keinem der anderen Länder sei die Niedriglohnbeschäftigung in den vergangenen Jahre so stark gestiegen wie hierzulande, schreibt das IAQ. Eine „Ausdifferenzierung der Löhne nach unten“, wie sie in Deutschland stattfindet, sei in den Nachbarländern nicht denkbar – weil gesetzliche Mindestlöhne oder Tarifstandards dies verhinderten.

Gerade im Vergleich mit anderen Ländern falle der hohe Anteil qualifizierter Niedriglöhner in Deutschland auf, bemerkt das IAQ. Gleichzeitig sei die Chance, aus einem schlecht bezahlten in einen besser dotierten Job zu wechseln, hierzulande besonders gering.

Die Ausweitung des Niedriglohnsektors hat Folgen für das gesamte Lohngefüge, wie die Forscher erläutern: Die Möglichkeit der Arbeitgeber, auf schlechter bezahlte Beschäftigte zurückzugreifen, bleibe vielfach „nicht ohne Rückwirkung auf die übrigen Arbeitsplätze“. Um zu verhindern, dass ein Teil der Arbeit Minijobbern oder Zeitarbeitern übertragen werde, sähen sich Gewerkschaften und Betriebsräte oft gezwungen, der Streichung von Zuschlägen, Verlängerung der Arbeitszeit, oder Lohnkürzung zuzustimmen. Das Gleiche könne geschehen, wenn Tätigkeiten durch Outsourcing in Bereiche mit niedrigen oder ohne Tariflöhne verlagert würden. ◀



* Quelle: Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf: Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung, IAQ-Report 1/2008.
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

TARIFPOLITIK

Deutliche Reallohnverluste im öffentlichen Dienst

Seit der Umstellung des Tarifsystems im Jahr 2005 hinkt die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst dem ohnehin moderaten gesamtwirtschaftlichen Trend hinterher, stellt das WSI-Tarifarchiv fest. Während die Tarifsteigerungen etwa für viele Beschäftigte in der Industrie oder bei den Banken in diesem Zeitraum zumindest deutlich über der Inflationsrate lagen, seien die Gehälter der öffentlich Beschäftigten seit 2005 nicht mehr prozentual angehoben worden. Stattdessen wurde lediglich eine Pauschale von jährlich 300 Euro gezahlt. Zieht man die Preissteigerung ab, verloren die Staatsdiener in den vergangenen drei Jahren Einkommen. 2007 sanken ihre Löhne nach Berechnungen des WSI-Tarifarchivs real um 1,5 Prozent. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt konnten die Tarifierhöhungen 2007 den Preisanstieg gerade ausgleichen. ◀

* Quelle: WSI-Tarifarchiv 2008
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

